

türkei infodienst

Nr. 79

ERSCHEINT 14-TÄGIG

9. April 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

29.03.84 Hüseyin Aktas in Izmir
 29.03.84 Mustafa Benli in Izmir
 29.03.84 Süleyman Selen in Izmir
 29.03.84 Hasan Demirtas in Izmir

Es handelt sich hierbei um das Urteil in dem Prozeß gegen 107 Angeklagte von Kurtulus aus Antalya, tid.

Seit der Verhängung des Kriegsrechtes in der Türkei wurden 301 Todesstrafen ausgesprochen.

Hinrichtungsakte vor dem Parlament

28.03.84 Mehmet Ucarolgu, Fevzi Isik, Ibrahim Yalcin Arkan, Necdet Sözbir

Bei den ersten drei Personen handelt es sich um Verurteilte der Dev-Sol aus Izmir. Der vierte ist in Erzurum als Angehöriger der THKP/C zum Tode verurteilt worden.

05.04.84 Harun Kartal, Aslan Tayfun Özkök, Ahmet Fazil Ercüment Özdemir, Aslan Sener Yildirim, Sadettin Güven, Baki Altin

Diese 6 Todesurteile stammen aus dem Prozeß wegen der Ermordung von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim und dem Polizeipräsidenten von Istanbul, Mahmut Dikler. Die Verurteilten gelten als Angehörige von Dev-Sol, tid.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 5.905 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 23.03.1984

Tarik Akan machte eine Aussage vor der Militärstaatsanwaltschaft

Der Schauspieler Tarik Akan machte vor der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul eine Aussage. Wie es heißt, steht die Vernehmung im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu dem Verfahren "Friedensvereinigung II".

Cumhuriyet vom 23.03.1984

43 Funktionäre von Devrimci Toprak-Is angeklagt

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul begann ein Prozeß gegen 43 Funktionäre der DISK-Gewerkschaft Devrimci Toprak-Is. In der Anklageschrift führte der

Militärstaatsanwalt aus, daß die legale Gewerkschaft in eine illegale Vereinigung verwandelt worden sei. Außerdem wurde festgestellt, daß die Gewerkschaft am 25.05.79 aus DISK ausgeschieden sei. Nach der Vernehmung von 3 Angeklagten wurde der Prozeß auf den 10. Mai vertagt.

Cumhuriyet vom 23.03.1984

Gegen 365 Parteimitglieder wurden Ermittlungen geführt

Die Generalstaatsanwaltschaft hat im Falle von 365 Parteimitgliedern bis heute Ermittlungen eingeleitet. Auf die einzelnen Parteien verteilt ergeben sich folgende Zahlen:

ANAP: 66, SODEP: 54, DYP: 65, HP: 46, RP: 13 und MDP: 108.

Bei 98 Personen dauern die Ermittlungen noch an. Unterdessen wurde gegen 17 Personen bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gestellt, 12 Personen wurden aus den Parteien ausgeschlossen und die Verfahren von 11 Personen wurden an die örtlichen Staatsanwaltschaften verwiesen.

Cumhuriyet vom 24.03.1984

Das Verfahren gegen Nadir Nadi wurde eingestellt

Die Militärstaatsanwaltschaft von Istanbul hat im Falle unseres Herausgebers beschlossen, das Verfahren einzustellen, weil ihrer Ansicht nach in der Kolumne mit der Überschrift "Einheit und Gemeinsamkeit" kein Verstoß gegen die Gesetze zu sehen sei.

Cumhuriyet vom 24.03.1984

Verfahren gegen Kimsan-Is

Vor dem Militärgericht Nr. 3 in Istanbul begann ein Prozeß gegen 3 Gewerkschafter aus der unabhängigen Gewerkschaft Kimsan-Is. Nach § 141/1 sollen sie Strafen zwischen 8 und 15 Jahren erhalten, weil sie die Einheitssetzung von DISK akzeptiert hatten.

Cumhuriyet vom 24.03.1984

Das TKP-Verfahren

Vor dem Militärgericht in Ankara ging das TKP-Verfahren mit 288 Angeklagten weiter. 8 Angeklagte brachten ihre Verteidigung vor. Damit haben insgesamt 200 Angeklagte ihre Verteidigung abgeschlossen. Das Verfahren wurde auf den 29. März vertagt.

Cumhuriyet vom 25.04.1984

Der Chefredakteur der Zeitung "Halkin Kurtulusu" bekam 8 Jahre, 9 Monate Strafe

Wegen dem Vorwurf, mit Hilfe von Publikationen Kommunismuspropaganda betrieben zu haben, wurde der Chefredakteur der Zeitung "Halkin Kurtulusu",

Nevzat Acan, von dem Militärgericht in Istanbul zu einer Strafe von 8 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Unterdessen ging die Revisionsverhandlung gegen 10 rechtsgerichtete Angeklagte in Izmir zu Ende. Wegen des Vorwurfs, bei den Auseinandersetzungen in Taris 5 Arbeiter gefoltert zu haben, waren sie in der 1. Instanz zu Haftstrafen von je 15 Jahren verurteilt worden. Die Strafen wurden nun mit je 3 Jahren und 6 Monaten festgelegt.

Cumhuriyet vom 26.03.1984

Es wurden Verfahren gegen Vereine eröffnet, die Politik betrieben haben sollen

Aufgrund der neuen Vereinsregelung wurden die ersten Verfahren eröffnet. Im Zusammenhang mit seiner Kritik an dem Grundpreis für Tabak wurde ein Verfahren gegen Sami Dogan, den Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Ingenieursvereins eröffnet. Ein weiteres Verfahren erwartet Osman Özbek, den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, ebenfalls wegen einem Kommentar zu den Grundpreisen für Tabak. Eine Äußerung von Ibrahim Yetkin, dem Vorsitzenden des Landwirtevereins, zur Weizenpolitik hat ebenfalls zu einem Verfahren geführt.

Cumhuriyet vom 27.03.1984

Die Akten von Gönensin und Apaydin sind in Untersuchung

Gegen unseren Chefredakteur Okay Gönensin und den Anwalt Burhan Apaydin ging das Verfahren wegen eines Verstoßes gegen das Dekret Nr. 52 vor dem Militärgericht in Istanbul weiter. Wegen eines Schreibens im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Friedensvereinigung vom 16.03.1982 war zunächst der Anwalt Burhan Apaydin angeklagt worden. Okay Gönensin soll sich mit Hilfe der Presse an dieser Straftat beteiligt haben und wurde ebenfalls angeklagt.

Cumhuriyet vom 28.03.1984

13 Gewerkschafter angeklagt

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul ging der Prozeß gegen 13 Funktionäre der DISK-Gewerkschaft Baysen-Is weiter. Wegen eines Verstoßes gegen den § 141 sollen sie Strafen zwischen 10 und 20 Jahren erhalten. Unterdessen wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul ein Verfahren gegen 7 Angehörige der TIKB eröffnet. Damit hat sich die Zahl der Angeklagten von der TIKB auf 45 erhöht. Ihnen wird vorgeworfen, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung mit Waffengewalt verändern zu wollen und dazu eine bewaffnete Bande gegründet zu haben, Versammlungen und Demonstrationen gemacht zu haben, sowie im Besitz von Explosivstoffen gewesen zu sein. Dafür wird gegen sie eine Strafe zwischen 5 und 15 Jahren Zuchthaus gefordert.

Cumhuriyet vom 29.03.1984

Gegen Eksi wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der SODEP, Oktay Eksi, wurde vor dem Militärgericht der 3. Armee ein Verfahren eröffnet, in dem gegen ihn eine Strafe zwischen 3 Monaten und 1 Jahr gefordert wird. Grundlage für das Verfahren ist eine Rede vor den Wahlen am 6. November in Trabzon. In dieser Rede soll er gegen das Dekret Nr. 76 verstoßen haben. Gestern sollte seine Aussage vor der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul aufgenommen werden. Da er sich aber nicht vorbereitet fühlte, wurde der Termin auf den 4. April

vertagt.

Cumhuriyet vom 29.03.1984

Das Südost-Kurtulus Verfahren

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Diyarbakir ging das Verfahren gegen die illegale Organisation Kurtulus für Südost zu Ende. Von den 135 Angeklagten wurde einer zu einer Haftstrafe von 20 Jahren, 38 zu Strafen zwischen 3 und 8 Jahren verurteilt. 78 Angeklagte wurden freigesprochen.

Hürriyet vom 30.03.1984

4 Militante der Organisation Kurtulus zum Tode verurteilt

Das Urteil im Verfahren gegen 107 Angeklagte der illegalen Organisation Kurtulus, denen 5 Morde und 23 versuchte Morde zur Last gelegt worden waren, ging in Izmir zu Ende. 4 der Angeklagten wurden mit dem Tode bestraft, 4 Angeklagte bekamen eine lebenslängliche Haftstrafe und 4 Angeklagte bekamen eine Haftstrafe von 20 Jahren. Des weiteren wurden 61 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen 2 und 12 Jahren verurteilt. 30 Angeklagte wurden freigesprochen und die Akten von 3 Angeklagten wurden abgetrennt.

Milliyet vom 30.03.1984

19 Personen wurden ausgebürgert

Auf Vorschlag des Innenministeriums wurden 19 Personen ausgebürgert und ihr Besitz an die Staatskasse übergeben. Es sind dies: Mustafa Ugur Süllün, Osman Yavuz, Ali İlhan, Semih Sarpkaya, Sertac Sevket Bucak, Düzgün Taskiran, Mahir Acikyürek, Engin Ekiner, Ali Capan, Ekrem Aydın, Yücel Top, Kadir Yılmaz, Umrhan Zafer Baran, Melih Mehmet Baran, Hüseyin Cahit Konya, Cahit Konya, Selahattin Yildirim, Esref Celik, Hayati Balman.

Hürriyet vom 31.03.1984

Gegen Birsen und 18 TIKKOCus wurde die Todesstrafe gefordert

Im Verfahren gegen 191 Angeklagte der Organisation TKP/ML TIKKO vor dem Militärgericht in Istanbul hat der Militärstaatsanwalt gegen 19 Personen, darunter eine Frau die Todesstrafe gefordert. Den Angeklagten werden 89 Aktionen in Istanbul, Bursa, Bolu, Adapazari, Izmit und Zonguldak zur Last gelegt. Gegen die anderen 152 Angeklagten fordert der Militärstaatsanwalt Strafen zwischen 6 Monaten und 24 Jahren. 23 Angeklagte sollen freigesprochen werden.

Cumhuriyet vom 31.03.1984

Gegen Ali Sirmen wurden 3 Jahre Haft gefordert

Der Militärstaatsanwalt hat im Verfahren gegen unseren Journalisten Ali Sirmen das Plädoyer gehalten. Im Verfahren gegen die Friedensvereinigung soll er den Militärstaatsanwalt beleidigt haben. Dafür forderte der Militärstaatsanwalt jetzt eine Strafe zwischen 6 Monaten und 3 Jahren.

Tercüman vom 05.04.1984

Der Verrat im Ausland wird in drei Abteilungen betrieben

Es wurde mitgeteilt, daß die zerstörerischen und separa-

tistischen Aktivitäten gegen die Türkei unter der Führung der Kommunistischen Partei der Türkei in drei Abteilungen durchgeführt werden. Wie die Nachrichtendienste mitteilen, haben die DISK-Gewerkschafter Kemal Daysal, Mehmet Karaca, Murat Tokmak, Aydin Yesilyurt, Turan Ata, Yasar Arıkan, Müslim Sahin, Zeki Atsız, Salih Taner Serin, Ayhan Dümen, Semsettin Ercan, Bahtiyar Erkul, Recep Ordusever, Sait Aydogmus und Metin Denizmen zunächst ein Komitee gegründet und sich die Unterstützung der marxistisch-leninistischen Gewerkschaften besorgt. Daraufhin wurde in Holland ein Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie gegründet und dann in Paris ein Haus der Exilgewerkschafter. Zu diesem Zweck wurden am 3. März 1984 eine Versammlung in Essen und am 4. März 1984 eine Versammlung in Mülheim abgehalten. Die dort erarbeitete Plattform wurde auch durch den DISK-Vertreter Yücel Top umgesetzt. Des Weiteren wurde in Erfahrung gebracht, daß der flüchtige Mörder Yılmaz Güney die Terroristen im Flüchtlingslager Lavrion bei Athen unter seinen Schutz genommen hat. Im Sinne der Beschlüsse auf der Versammlung in Essen hat Güney behauptet, daß der Übergang zur Demokratie in der Türkei ein Betrug sei und behauptet, daß in den Gefängnissen der Türkei gefoltert und massakriert werde.

Cumhuriyet vom 05.04.1984

Die Zeitung Somut erscheint wieder

Die Zeitschrift Somut, deren Erscheinen durch einen Beschluß der Kriegsverwaltungskommandantur in Istanbul vom 24.01.84 verboten worden war, darf nun aufgrund eines Befehles der gleichen Kommandantur vom 26.03.84 an wieder erscheinen.

Cumhuriyet vom 05.04.1984

Entscheidung auf Nichtzuständigkeit

Das Militärgericht in Ankara hat im Verfahren gegen Abdullah Bastürk und 9 weitere Funktionäre der DISK wegen der unerlaubten Einfuhr von PKWs und Ersatzteilen auf Nichtzuständigkeit erkannt. Desgleichen erkannte das Gericht auch in einem Verfahren wegen der Einfuhr von PKWs bei 3 Funktionären der Gewerkschaft Petkim-Is auf Nichtzuständigkeit.

Cumhuriyet vom 05.04.1984

Gönensin und Kemal wurden freigesprochen

Im Verfahren gegen unseren Journalisten Mehmed Kemal und unseren Chefredakteur Okay Gönensin hat nun das Militärgericht in Istanbul auf Freispruch entschieden. Wegen eines Artikels am 9.9.82 waren die beiden Journalisten wegen eines Verstoßes gegen das Dekret Nr. 70, sowie den § 159 TSG angeklagt worden. Dafür ist eine Strafe von bis zu 4 Jahren vorgesehen.

e) VERHAFTUNGEN

Im Gebiet der Kriegsverwaltungskommandantur Adana wurden 20 kommunistische Militante der Organisation THKP/C Acilciler mit Waffen und verschiedenen Dokumenten gefaßt. Sie waren nach dem 12. September ins Ausland gegangen und nun zurückgekehrt, um ihre Aktivitäten fortzusetzen (Tercüman vom 31.03.84).

In einer groß angelegten Operation sind bislang 43 Personen festgenommen worden, die im Verdacht stehen, illegal mit Eisen und Heroin gehandelt zu haben. Während seit zwei Tagen 8 Personen in Ankara verhört werden, konnten weitere 30 Personen in Istanbul in drei

Tage andauernden Operationen festgenommen werden. Am folgenden Tage konnten noch einmal 5 Personen verhaftet werden. Sie wurden alle per Flugzeug nach Ankara gebracht. Die Ermittlungen dauern aber an. (Cumhuriyet vom 04. und 05.04.84)

f) FOLTER

Cumhuriyet vom 23.03.1984

Eine Haftentlassung im DHB-Verfahren

Im Verfahren gegen die illegale Organisation DHB vor dem Militärgericht in Ankara wurde ein Angeklagter aus der Haft entlassen. Der Angeklagte Taner Dileklen ergriff während der Verhandlung das Wort und meinte, daß die Haftbedingungen in nichts den Bedingungen auf der Polizeiwache nachstünden. Seit dem 24.02.84 sei der Druck bei ständigen Prügelein angelangt. Es werde behauptet, daß sie sich nicht an die Bedingungen im Gefängnis halten würden. Sie würden aber alle gesetzlichen Bestimmungen einhalten. Ihr einziger Wunsch sei es, daß sich die Haftbedingungen bessern würden.

Cumhuriyet vom 23.03.1984

Das Verfahren wegen des Mordes an Abdi İpekci

Vor dem Militärgericht Nr. 1 ging der Prozeß wegen der Entführung des Mörders an Abdi İpekci, Mehmet Ali Ağa, aus dem Gefängnis in Kartal-Maltepe weiter. Der Angeklagte Mehmet Tanaydin wurde verhört. In seiner Vernehmung gab er an, daß er wegen dieses Verfahrens am 24.02.1983 zum 1. Kommissariat geschickt worden sei. Weiter sagte er: *"Die Struktur des 1. Kommissariats ist bekannt. Man glaubte dem Chefredakteur dieser Zeitung. Ich habe Folterungen erfahren, die mich wünschen ließen, vor den Inquisitionsgerichten zu sein. Diese Folterungen wurden Grad um Grad schwerer. Die Aussageprotokolle haben sie selber geschrieben. Man sagte mir, daß die Folter noch zunehmen werde, wenn ich nicht unterschreibe. Man brauchte unbedingt ein Opfer und hat mich gefunden."*

Cumhuriyet vom 29.03.1984

Es wurde eine Lösung für die sexuellen Probleme der Gefangenen gefordert

Für die 78.000 Untersuchungs- und Strafgefangene der Türkei wurde eine Lösung ihrer sexuellen Probleme verlangt. Obwohl schon vor 20 Jahren der türkische neuropsychiatrische Verein zu diesem Problem eine Diskussion veranstaltet habe, sei in der Zwischenzeit an diesem Punkt nichts geschehen. Prof. Ayhan Songar sagte dazu: *"Die Tatsache, daß Kriminelle während einer kurzen oder langen Gefangenschaft eine Reihe von physiologischen Bedürfnissen nicht befriedigen können, ist sehr vorsichtig ausgedrückt, eine Folter. Die sexuelle Befriedigung steht dabei den physiologischen Bedürfnissen voran."*

Hürriyet vom 04.04.1984

Der Generalstab gab eine Erklärung heraus: "So ist die Lage in den Gefängnissen"

Gestern gab der Generalstab eine Erklärung im Zusammenhang mit der Situation in den Militärgefängnissen heraus. Eine 9-köpfige Delegation habe die Situation untersucht und sei zu folgendem Ergebnis gekommen: *"Eine Reihe von Untersuchungshäftlingen, die der marxistisch-leninistischen Ideologie angehören, habe darauf bestanden, sich gegen die Ordnung in den Ge-*

fängnissen zu verhalten. Die gesetzlichen Maßnahmen sind von ihnen als Folter bezeichnet worden und sie sind daraufhin in einen Hungerstreik getreten. Das haben sie versucht, aufrechtzuerhalten." Nach den vorliegenden Unterlagen, seien vom 26.12.78 (Ausrufung des Kriegsrechtes, tid) bis heute 63.092 Untersuchungs-häftlinge in den Militärgefängnissen gewesen. Hiervon sind 53 Personen während der Haft verstorben. In allen Fällen hat die Staatsanwaltschaft sich dieser Vorfälle angenommen.

Anm.: In allen türkischen Zeitungen erschien die gleichlautende Erklärung. Die internationalen Agenturen aber haben ausführlicher davon berichtet. So wurde u.a. angegeben, daß nur zwei Todesfälle eindeutig auf Fremdeinwirkung zurückzuführen seien und die Verantwortlichen auch bestraft worden sind (WDR IV). Die Delegation des Bundestages hat sich zu dieser Erklärung geäußert und ihre Zufriedenheit über eine solche Untersuchung ausgedrückt. Gleichzeitig wurde der Reisetrip für die Delegation auf einen unbestimmten Termin verschoben. Wie inzwischen bekannt wurde, haben die Hungerstreikenden in Ankara diese Erklärung als Versicherung genommen, daß keine weiteren Mißhandlungen vorkommen werden und ihre Aktion abgebrochen. Gleichzeitig protestierten sie gegen die Zynik der Erklärung, die die Existenz von Folter in Gefängnissen schlicht leugnet, eigene Quellen.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 25.03.1984

Wer nicht abstimmt zahlt 2.500 Lira, wer Alkohol trinkt, bekommt 3 bis 6 Monate Haft

Die Verbote für die heutige Wahl sind:

- wer versucht abzustimmen, ohne dazu berechtigt zu sein, bekommt 2 bis 5 Jahre Haft,
- wer für andere abstimmt, 2 bis 5 Jahre Haft,
- wer in der Zeit der Abstimmung Alkohol verkauft oder konsumiert, bekommt eine Strafe zwischen 3 und 6 Monaten,
- wer nicht abstimmt, bekommt eine Strafe von 2.500 TL,
- wer Stimmzettel zerstört, bekommt eine Strafe zwischen 1 und 3 Jahren.

Hürriyet vom 27.03.1984

Bei Vorfällen während der Wahl gab es 6 Tote

Während der Wahlen im Lande, die allgemein sehr ruhig verliefen, ist es zu 6 Todesfällen und 67 Verletzten gekommen. In der Erklärung des Innenministeriums wird darauf hingewiesen, daß die Vorfälle in den Provinzen Samsun, Urfa, Mus, Kastamonu und Kahramanmaraş aufgetreten sind.

Cumhuriyet vom 28.03.1984

Eldem: Amnestiefrage wird untersucht

Auf eine kleine Anfrage des HP Abgeordneten Cüneyt Canver antwortete der Justizminister Nejat Eldem, daß diese Frage zunächst gründlich untersucht werden müsse. Man sei schon im Regierungsprogramm darauf eingegangen, aber es sei in der gesellschaftlichen Bedeutung eine sehr heikle Frage. Es müsse abgeklärt werden, welcher Personenkreis aufgrund der Verfassung in den Genuß einer Amnestie kommen könne und dann habe das Par-

lament eine entsprechende Entscheidung zu fällen.

Cumhuriyet vom 28.03.1984

SODEP und DYP haben es aufs Parlament abgesehen

Nach den Kommunalwahlen zeigen sich die eigentlichen Bewegungen auf Seite der nicht im Parlament vertretenen Parteien, die an der Wahl teilgenommen haben. Dabei treten folgende Punkte in den Vordergrund. Zumindestens für eine lange Zeit wird eine vorgezogene Wahl nicht zur Debatte stehen. Es ist aber nicht positiv, außerhalb des Parlamentes zu bleiben. Das bedeutet, daß man über eine Gruppe im Parlament verfügen muß. Die SODEP sucht dabei nach 'Freunden' in der HP, die DYP wiederum bei der MDP.

Neben der Tatsache, daß für die HP noch der Rücktritt des Vorsitzenden Necdet Calp auf der Tagesordnung steht, fällt auf, daß sich Vertreter der noch nicht offiziell gegründeten Partei der demokratischen Linken mit Abgeordneten der HP von Zeit zu Zeit treffen.

Cumhuriyet vom 29.03.1984

Endergebnis der Wahlen

Die Kommunalwahlen haben folgende offizielle Ergebnisse gebracht:

Partei	Prozente	Bürgermeister (Provinz/Kreis)
ANAP	41,5%	54/320
SODEP	22,93	8/101
DYP	13,72	-/51
HP	8,69	-/26
MDP	7,07	3/34
RP	4,73	2/5
Unabh.	1,36	-/22

Cumhuriyet vom 31.03.1984

Özal: Das Kriegsrecht kann in 4 Monaten aufgehoben werden

In einer Unterhaltung mit dem Reporter Axel Krause von der Zeitung International Herald Tribune äußerte Ministerpräsident Turgut Özal die Hoffnung, daß das Kriegsrecht in Etappen in den nächsten 4 Monaten aufgehoben werden könne. Özal sagte weiter, daß er noch nicht beabsichtige, eine Amnestie zu erlassen. Er betonte, daß die Amnestie eine sehr heikle Frage sei und man nicht wolle, daß die Anarchie wieder um sich greife.

Tercüman vom 02.04.1984

Özal: Wir werden noch schneller arbeiten

In seiner dritten Pressekonferenz ging Ministerpräsident Turgut Özal auf alle wichtigen innen- und außenpolitische Fragen ein. Außenpolitisch ging er insbesondere auf die Beziehungen zu Griechenland ein und sagte, daß man die einseitige Aufhebung des Visumszwanges für Griechenland als ein Angebot auffasse, auf das nun die Gegenseite reagieren könne. Zur Situation in den Gefängnissen sagte er, daß man eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen habe, die die Situation in den Gefängnissen untersuchen werden. Als ein Reporter fragte, warum verschiedene ausländische Journalisten ausgewiesen worden seien, sagte Özal, daß 4-5 Grüne eine Aktion im Güven Park gemacht hätten. Sie hätten vorher verschiedene Reporter benachrichtigt. Anschließend seien die Grünen und die Reporter sang- und klanglos ausgewiesen worden.

Tercüman vom 02.04.1984

Zwei Dorfvorsteher konnten ihren Posten nicht antreten, weil sie sich nicht an den Abstimmungen zur Verfassung beteiligt hatten

In zwei Dörfern aus der Provinz Trabzon wurden die Wahlen für das Amt des Dorfvorstehers annulliert. Die gewählten Vertreter Seyfullah Kadioglu und Mustafa Yildiz hatten sich nicht an der Verfassungsabstimmung beteiligt und bekamen nun das Vertretungsrecht abgesprochen.

Cumhuriyet vom 02.04.1984

Wenn die Kommunalwahlen allgemeine Wahlen gewesen wären ...

Auf der Grundlage der Wahlen zu den Provinzparlamenten wurde eine Berechnung der Zusammensetzung des Parlamentes aufgestellt. Demnach würden die HP und MDP nicht mehr im Parlament vertreten sein. Die ANAP würde die Zahl ihrer Abgeordneten von 211 auf 233 steigern, die SODEP bekäme 113 Abgeordnete und die DYP 54.

Hürriyet vom 04.04.1984

Nach dem Hochschulgesetz haben 1188 Hochschulangehörige die Universitäten verlassen

Nach einer Untersuchung der Zeitschrift 'Bilim ve Sanat' (Wissenschaft und Kunst) haben in den 2,5 Jahren nach Inkrafttreten des Hochschulgesetzes insgesamt 1188 Hochschulangehörige die Universitäten verlassen. Hier von sind 861 auf eigenen Wunsch hin ausgeschieden und bei 327 wurde das Dienstverhältnis gekündigt.

Cumhuriyet vom 04.04.1984

Der notwendige Schritt für die Produktion der F-16 wurde getan

Der Ministerrat hat die notwendige Erlaubnis erteilt, nach der die amerikanische Firma General Dynamics über 42% der Aktien in der Flugzeugbaufirma TUSAS besitzen darf. Von dem Gründungskapital dieser Fa. werden 51% in einheimischem Besitz und 49% in ausländischem Besitz sein. Als Startkapital sind zunächst 250 Millionen Dollar vorgesehen, die später um 137 Millionen Dollar aufgestockt werden sollen. Neben dem Kapitaltransfer aus dem Ausland ist auch an einen Austausch auf technologischem Gebiet gedacht.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 22.03.1984

Das Nationaleinkommen stieg 1983 um 3,3%

Nach letzten Schätzungen des staatlichen statistischen Amtes beträgt der Zuwachs des Bruttosozialprodukts im vergangenen Jahr 3,3%. Damit ging die Wachstumsgeschwindigkeit gegenüber den vorangegangenen 2 Jahren zurück. 1981 betrug der Zuwachs im Bruttosozialprodukt 4,3%. 1982 wurde ein Zuwachs von 4,6% erreicht.

Cumhuriyet vom 23.03.1984

Das 30 Jahre alte Gesetz über Fremdkapital wird geändert

Das neue Gesetz über Fremdkapital wird nach Kommunalwahlen im Kabinett zur Debatte stehen. Der Gesetzesentwurf, der aus 21 Artikeln besteht, schafft neue Anreize fürs Auslandskapital und vereinfacht die Bestimmungen.

Cumhuriyet vom 30.03.1984

Die Wahlen sind vorbei, die Preiserhöhungen sind da

Nach Kommunalwahlen wurde ein neues Preiserhöhungspaket serviert. Die Preise für Erdölprodukte wurden um 7% erhöht. Der vom Staat verkaufte Brotweizenpreis stieg um 39,3%. Bei Turkish Airlines stiegen die Ticket-Preise für Auslandsreisen ab 1. April um 8-12%.

Cumhuriyet vom 31.03.1984

Die Küchenausgaben einer 4-köpfigen Familie überstiegen im März die 40.000 Lira Marke

Die notwendigen Küchenausgaben einer 4-köpfigen Familie stiegen im vergangenen Monat gegenüber Februar um 2,3 %. Damit betragen die notwendigen Küchenausgaben 40.628 Lira.

Tercüman vom 04.04.1984

Die Brücke und die Staatsbetriebe werden im Mai im Angebot stehen

Ein wichtiger Teil der ökonomischen Maßnahmen, die wegen der Kommunalwahlen für einige Zeit zurückgehalten wurden, kommen diese Woche auf die Tagesordnung. Das sind im einzelnen die Maßnahmen zum Verkauf der Brücke und der Staatsbetriebe sowie zur Erklärung der Freihandelszonen.

Cumhuriyet vom 05.04.1984

Das Zahlungsbilanzdefizit stieg von 60 Millionen Dollar auf 1,6 Milliarden Dollar

Das Zahlungsbilanzdefizit der Türkei stieg im vergangenen Jahr um 1,5 Milliarden Dollar und erreichte eine Höhe von 1,6 Milliarden Dollar. 1982 betrug das Zahlungsbilanzdefizit 60 Millionen Dollar.

NEUER MINDESTLOHN: 24.525 LIRA

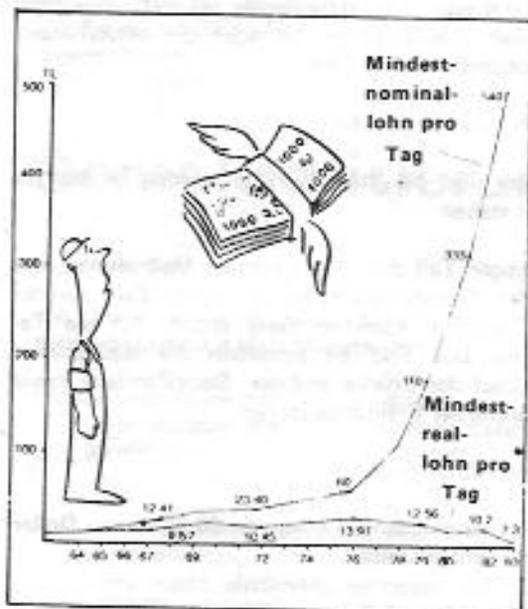
Die von der Regierung einberufene Mindestlohnkommission gab die neuen Mindestlohnsätze bekannt. Hiernach wird der Mindestlohn für Erwachsene 24.525 und für Jugendliche 16.875 Lira Brutto betragen. Die neuen Mindestlohnsätze treten am 1. April in Kraft (Cumhuriyet vom 29. 3.1984).

Daß der Mindestlohn gerade zum jetzigen Zeitpunkt festgelegt wird, erklärt sich nach Meinung der Beobachter daraus, daß die Regierung die Kommunalwahlen für sich beeinflussen wollte und deshalb die Kommission frühzeitig einberief (Cumhuriyet vom 15.03.1984).

Die frühzeitige Einberufung hat jedoch den Arbeitern nichts wesentliches eingebracht. Zwar wurde in den Kommissionssitzungen ausführlich darüber diskutiert, wie der Mindestlohn festzulegen sei. Und man kam überein, bei der Festlegung des Mindestlohnes die

familiäre Situation der Arbeiter nicht zu berücksichtigen und von 3.500 Kalorien pro Tag und pro Arbeiter auszugehen. Es war jedoch nicht zu übersehen, daß schon vor dem Beschluß der Mindestlohnkommission für Ministerpräsident Özal und damit für die Regierung feststand, daß den Arbeitern nicht mehr als 16.000 Lira Netto zu gewährt ist. Diese Vorentscheidung der Regierung veranlaßte den Türk-Is-Chef, Sevket Yilmaz, zu der Bemerkung: "Diese Dinge kann man nicht einfach durch ein Dekret erledigen. Da aber offenbar beabsichtigt ist, den Mindestlohn per Regierungsdekret festzulegen, warum hat man dann die Mindestlohnkommission einberufen?" (Milliyet vom 18.03.1984)

Die Türk-Is-Vertreter selbst gingen bei ihren Mindestlohnforderungen davon aus, daß die verlorengegangene Kaufkraft der Arbeiter wiederhergestellt werden sollte. Insbesondere forderten sie, daß bei der Berechnung der Mindestlöhne auch die gestiegenen Mieten berücksichtigt werden müßten. Sie ermittelten auf der Grundlage von Preissteigerungen für 21 Sorten von Grundnahrungsmitteln, daß der Reallohn des Jahres 1963 nur bei einem Mindestlohn von 35.490 Lira erreicht werden würde (Cumhuriyet vom 14.03.1984).



Quelle: Nokta vom 05.-11.03.1984

Internationale Beziehungen

Hürriyet vom 24.03.1984

Die Grünen wollten in Ankara eine Demonstration veranstalten

7 Abgeordnete der deutschen Partei der Grünen wurden in Ankara bei einer Demonstration festgenommen. Die 7 Abgeordneten verteilten in den Straßen von Ankara Flugblätter und breiteten ihre Spruchbänder aus. Sie griffen die Kommunalwahlen verbal an und behaupteten, daß in der Türkei die Menschenrechte verletzt würden. An der ohne Wissen der türkischen und der deutschen

Regierung durchgeführten Demonstration nahmen die Abgeordneten Rudolf Baro, Milan Horacek, Willi Horst, Kalle Winker, Uli Fischer, Gaby Potthas und Lukas Beckmann teil.

Der Bundesaußenminister Dietrich Genscher trat bei den türkischen Behörden für die Freilassung der deutschen Abgeordneten und gab seiner Besorgnis Ausdruck, daß die Grünen ohne Wissen der Bundesregierung in der Türkei eine Demonstration durchgeführt haben.

Cumhuriyet vom 25.03.1984

Geberth: Auf neue finanzielle Quellen im Westen müßt ihr zwei Jahre lang warten

Der Vorsitzende des Türkei-Konsortiums bei der OECD, Rolf Geberth, sagte bei seinem Besuch in der Türkei: "Die Türkei gibt zur Zeit im Ausland ein viel günstigeres Bild ab, als es bisher der Fall war. Trotzdem darf man auf einen kräftigen Kapitalzustrom erst 1985 bzw. 1986 warten."

Cumhuriyet vom 03.04.1984

Kanada und die Türkei verhandeln über nukleare Zusammenarbeit

Die Verhandlungen über die nukleare Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Kanada haben gestern in Ankara begonnen. Das eine Kernkraftwerk, das in Akkuyu gebaut werden soll, wird den Kanadiern vergeben.

Tercüman vom 03.04.1984

30.000 Griechen werden in der Türkei arbeiten können

Ministerpräsident Özal hat eine Erklärung zum Visumszwang für griechische Staatsangehörige abgegeben. Die Erklärung schließt auch diejenigen griechischen Staatsangehörigen ein, die früher in der Türkei gearbeitet haben. Özal gab bekannt, daß für griechische Staatsangehörige der Visumszwang aufgehoben sei und diejenigen Griechen, die schon einmal in der Türkei gearbeitet haben, wieder Arbeitserlaubnis bekommen können.

Milliyet vom 05.04.1984

Die Cruise werden nicht in der Türkei stationiert werden

Der türkische Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk und der persönliche Sprecher des US-Verteidigungsministers, Burch, erklärten, daß die Cruise Missiles ganz sicher nicht in der Türkei stationiert werden.

Milliyet vom 05.04.1984

General Dynamics beteiligt sich mit 42% an TUSAS

Die amerikanische Firma General Dynamics beteiligt sich mit 42% an TUSAS (Luft- und Raumfahrtindustrie), von der die F-16-Kampfflugzeuge gebaut werden sollen.

REAKTIONEN AUF DIE AMERIKANISCHEN FORDERUNGEN IN ZYPERN

Die für Auslandsfragen zuständige Kommission des

US-Senats hat an die Türkei eine Geldschenkung in Höhe von 215 Millionen Dollar beschlossen. Die Hilfe ist allerdings an die Bedingung geknüpft, daß die Türkei in Zypern das Gebiet Famagusta unter die Obhut der UNO stellt.

Dieser Beschluß des US-Senats löste in Ankara heftige Kritik aus. Außenminister Vahit Halefoglu beschuldigte den US-Kongreß, sich in der Politik der Unterdrückung, der Erpressung und der Bestechung zu bedienen. Er sagte: *"Wenn Sie aufrichtig die Lösung des Zypern-Problems anstreben, dann empfehle ich Ihnen, sich nicht einzumischen und uns aus der Sonne zu gehen...Es kann keine Rede davon sein, daß Famagusta unter Druck zurückgegeben wird."*

Auch Ministerpräsident Özal argumentierte in diese Richtung: *"Wir wissen aus Erfahrung, daß das Zypern-Problem auf diesem Wege nicht gelöst werden kann. Im Gegenteil, solche Mittel sind geeignet, das Zypern-Problem in eine Sackgasse zu führen."* (Cumhuriyet vom 01.04.1984)

Tercüman vom 02.04.1984 meldete, daß die türkische Regierung die Reagan-Administration davor gewarnt habe, dem Beschluß des US-Senats zu folgen. Sonst könne der Zusammenarbeit in Incirlik und in anderen Stützpunkten ein Ende gesetzt werden. Noch am gleichen Tag erschien in Hürriyet eine Meldung, daß die Reagan-Administration auf die Revision des Senatsbeschlusses drängen werde.

Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk ergriff bei der NATO-Nuklearplanungstagung in Cesme die Gelegenheit und sprach mit dem US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger über das Zypern-Problem. Er betonte, daß die Türkei entschieden gegen eine an Bedingungen geknüpfte Militärhilfe sei. Weinberger versprach alles Mögliche zu tun, damit der Senatsbeschluß revidiert werden kann. (Hürriyet vom 04.04.1984)

BRD

Hürriyet vom 4.4.1984

Diejenigen, die das Konsulat überfielen, wurden verurteilt

Die Extremisten, die am 3. November 1982 unser Kölner Hauptkonsulat überfielen und 60 unserer Landsleute als Geiseln nahmen, wurden vor dem Kölner Landesgericht zu Haftstrafen zwischen 4 und 4,5 Jahren verurteilt.

Der Rechtsanwalt des Konsulats, der die Strafe für die Extremisten, die einen bewaffneten Überfall auf das Konsulat durchführten, für zu niedrig befand, ging in die Berufung. Das Verfahren dauerte drei Monate. Die Angeklagten Murat Aydın und Oguz Yürü erhielten Haftstrafen von 4,5 Jahren, die übrigen Angeklagten Hüseyin Tokgöz, Sükrü Yıldız, Ceyhan Kilinc, Mehmet Ünlü, İbrahim Ütin, Milazim Mercan, Asim Agirgöl und Hüseyin Kadem wurden zu Haftstrafen von 4 Jahren verurteilt.

Der Hauptstaatsanwalt Wilhelm Kurth, der für die Angeklagten Haftstrafen von 9 Jahren gefordert hatte, sagte nach dem Urteil, daß die Strafe diese Art von Aktionen nicht verhindern werde.

Der Rechtsanwalt Achter sagte, daß diese Strafe die übrigen Extremisten in Deutschland dazu anregen würde, Konsulate zu überfallen.

Tercüman vom 1.4.1984

Einer von 3 Neonazis, die 2 Türken geschlagen hatten, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Einer von 3 Neonazis, die im vergangenen Jahr 2 Türken in einem Frankfurter Park geschlagen hatten, wurde zu 6 Monaten Haft verurteilt. Die anderen beiden Neonazis wurden wegen ihres geringen Alters freigelassen.

Die Angeklagten hatten im Verlauf des Verfahrens ausgesagt, daß sie den beiden Türken Informationen über die Deutsche Nationalistische Partei geben wollten.

Die Türken hingegen hatten ausgesagt, jugendlichen Hitler-Sympathisanten 100 Mark, sowie Pässe und Führerscheine genommen hätten. Auch die vor Gericht angehörten Zeugen, bestätigten, daß die drei Türkenfeinde die beiden Türken überfallen hätten.

Tercüman vom 1.4.1984

Das Deutsche Fernsehen ZDF ließ wieder Haß zum Vorschein kommen

Das Zweite Deutsche Fernsehen, das zu jeder Gelegenheit gegen die Türkei und die Türken gerichtete Sendungen macht, behauptete dieses Mal, als Werkzeug der Separatisten, daß in der Türkei in den Gefängnissen die Verurteilten gefoltert würden.

In der Sendung, die der Journalist Horst Werner in Ankara gegen die Türkei vorbereitet hatte, ließ man einige Frauen sprechen, die nicht richtig Türkisch konnten. Eine dieser Frauen berichtete, daß ihr Sohn ein anarchistisches Verbrechen begangen hatte und deswegen verurteilt worden war. Sie behauptete, daß er fortwährend geschlagen würde. Eine andere Frau wiederholte die Behauptung, daß in den Gefängnissen die Verurteilten gefoltert würden und, daß die türkische Presse die Beschwerden nicht zur Sprache bringe.

Horst Werner meinte, daß in der Türkei keine Demokratie herrsche und er teilte die Ansicht, daß in den Gefängnissen die Verurteilten gefoltert würden.

Der Sendung des ZDF, in der Haßgefühle gegen die Türken und die türkische Regierung zum Vorschein kamen, wurden von den Landsleuten in Deutschland mit Ekel begegnet. Tausende von Landsleuten verwünschten den Programmacher, indem sie sich an das ZDF wandten, gegen die Sendung protestierten und die Zeitung Tercüman anriefen.

In diesem Zusammenhang rief bei der Tercüman in München Dincer Gökten an, der sagte, daß er 15 Tage in Deutschland im Gefängnis gewesen sei. Er hätte gewollt, anstelle dieser 15 Tage in der Türkei 15 Jahre im Gefängnis zu sein. Er fragte, wieviele Mitglieder der Baderhof Gruppe gesund geblieben seien. Wie bekannt, begingen 8 Mitglieder der Bande Selbstmord aus Gründen, die nicht verstanden werden konnten. Der Selbstmord der Bandenmitglieder, von denen behauptet wird, daß sie trotz sehr strenger Maßnahmen Selbstmord begingen, ist ein noch immer besprochenes Thema.

Tercüman vom 30.3.1984

Drei Dev-Sol-Militante, die vor unserer Bonner Botschaft demonstrierten, wurden zu je 35 Tagen verurteilt

TÜRKEI-INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Drei Angehörige der Dev-Sol, die im April 1982 zusammen mit Militanten der DKP vor der Bonner Botschaft demonstrierten und mit Sicherheitskräften zusammenstießen, wurden zu je 35 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe wurde in eine Geldstrafe verwandelt. Jeder der drei Angeklagten, wird sofort ausgewiesen, für den Fall, daß er eine Straftat begeht und verurteilt wird.

Tercüman vom 29.3.1984

Wir protestierten gegen die Wünsche der Deutschen, eine Straße nach Kemal Altun zu benennen

Die türkische Regierung protestierte heftig dagegen, daß in Kassel einer Straße der Name des Terroristen Kemal Altun gegeben werden soll.

Wie bekannt, flüchtete Kemal Altun nach Deutschland, wegen seiner in der Türkei begangenen Straftaten. Er beging Selbstmord, indem er aus dem Fenster des Berliner Gerichts sprang.

In dem Protestschreiben an das deutsche Außenministerium heißt es: *"Wenn wir als Türken unseren Straßen die Namen der Mitglieder der Bader-Meinhof-Bande geben würden, wie würden die deutsche Öffentlichkeit darauf reagieren."*



VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen widerspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'-sendung, täglich

IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM

Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:

Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig